

Grüner Rundbrief

Für den Landkreis Friesland und Umgebung



Herausgegeben vom Kreisverband Friesland Bündnis 90 / Die Grünen

AUSGABE 1 / 2010

Jever, den 08. März 2010

EIN WORT VORAB

Liebe Freundinnen und Freunde!

Jetzt haben wir Weihnachten und den Beginn des neuen Jahres bereits weit hinter uns und unser erster Neujahrsempfang ist auch schon wieder Geschichte. Es war eine fröhliche Feier mit vielen grünen Gästen aus den Kreisverbänden von umzu. Das Bürgerhaus bot wieder den guten Rahmen für diese Feier und die Musiker Christian Barkotessa und Pascal Lieleg haben musikalisch für eine tolle Stimmung an diesem Abend gesorgt.

Der Rückblick auf das Jahr 2009 zeigte für uns ein richtig prallvolles „Partei-Arbeits“-Jahr – mit drei Rundbriefen, Wahl und einigen Bundes- und Landesdelegiertenkonferenzen. Allen Beitragsschreibern ein herzliches Dankeschön für die Mühe und die Informationen, die wir hierdurch erhielten. Hinzu kommen die beiden sehr guten Wahlergebnisse für Bündnis 90/Die Grünen im Jahr 2009. Allen, die hierzu beigetragen haben, herzlichen Dank und weiter so!!



Erster grüner Neujahrsempfang (v.l.): Gustav Zielke (KV Friesland), Peter Sokolowski (KV WHV), Anna Tenberg (Grüne Jugend), Werner Biehl (KV WHV), Bernhard Schwanzar (KV Friesland), Sven Giegold (MdEP).

Zwei weitere Highlights des Abends waren Monikas Dienstjubiläum (15 Jahre Geschäftsführung für die Grünen) und natürlich der Gastredner, der Europaabgeordnete Sven Giegold. Es ist schon unglaublich, was wir für ein Glück hatten, dass dieser Wirtschaftsexperte unser regionaler Abgeordneter in Brüssel ist, der auch gleich auf Anhieb Sprecher des Wirtschaftsausschusses wurde.



Musik machten Christian Barkotessa und Pascal Lieleg



Bericht zur Lage: Gustav Zielke

Und 2010? Nach diesem langen Winter steht jetzt unser Jubiläum 30 Jahre) im Frühjahr an, und wir wollen noch einige Veranstaltungen durchführen, mit denen wir Friesländer Grüne Flagge und Kompetenz zeigen wollen. Zumindest wollen wir demonstrieren, dass es zu dieser Steuerverschwender-Koalition von Schwarz-Gelb noch eine sehr gut wählbare Alternative gibt.

Lasst uns also in diesem Jahr Kraft tanken, Punkte sammeln und uns gut vorbereiten, damit wir im kommenden Jahr mit einem sehr guten Ergebnis aus den Kommunal- und Landtagswahlen heraus kommen.

Mit grünen Grüßen aus Cleverns
Gustav

Fotos: ©GRUPPO635.com | hufenbach / Beate Zielke

Sven Giegold zum Thema „Wirtschaftskrise und Gerechtigkeit“

Fotos und Bericht von: ©GRUPPO635.com | hufenbach



Sven Giegold

Und es gibt sie doch, die überproportional engagierten Politiker, die trotz Parteizugehörigkeit über ihren Schatten springen können und nur über das reden, was sie auch verstehen. Unsere Anspielung gilt den vielen prophetischen Versprechen von PolitikerInnen, die gemacht werden, damit das Fußvolk ruhig bleibt oder überhaupt erstmal eine Antwort hat, die nicht einmal stimmen muss. Die legendäre Rede des Herrn Stoiber. Wie man mit dem Transrapid zum Flughafen München kommen würde, dürfte noch jedem gut im Gedächtnis sein.

Sven Giegold war als Redner zum Neujahrstreffen der Grünen in Friesland geladen und erklärte dezidiert, was es bedeutet, im EU-Parlament zu arbeiten und wie sich die Partei in Zukunft politisch aufstellen sollte.

Der in der Nähe von Verden an der Aller wohnende EU Politiker hat die letzten 20 Jahre in sozialen Bewegungen verbracht und trat den Grünen vor eineinhalb Jahren bei, weil er für die ökologische und soziale Regulierung der Globalisierung streiten möchte, d. h. die Regulierung der internationalen Finanzmärkte und die Schließung der Steueroasen, Zielvorstellungen, die er bei ATTAC auch schon vertrat. Sven Giegold ist Koordinator der Grünen im Wirtschaftsausschuss im EU-Parlament und arbeitet an der Stelle, wo derzeit die Regeln für das Finanzsystem umgebaut werden. Er sprach an diesem Abend über seine Arbeit mit Bezug auf die gegenwärtige Politik und gab eine persönliche Einschätzung ab.

Bei einem "Blick zurück" erläuterte er, dass wir in eine tiefe Krise geschliddert sind, weil wir die Waren- und Finanzmärkte geöffnet haben ohne die sozial-ökologischen und ökonomischen Regeln gleichzeitig international abzusichern. Der sogenannte Neoliberalismus öffnete den Menschen die Möglichkeit ihr Geld nun weltweit in den internationalen Finanzmärkten "anzulegen", und nicht wie früher üblich in der heimischen Volksbank oder Sparkasse. Durch die sogenannte Deregulierung wurde eine riesige Finanzblase aufgebaut. Zwischen den Steueroasen [Paris, New York, London ...] entstand ein Wettbewerb und wer die laschesten Regulierungsmechanismen hatte gewann Kunden und Anleger.

Spekulation hat es immer wieder gegeben, aber das Schlimme ist, dass die Risiken nicht von den Spekulanten bezahlt werden, sondern von den Steuerzahlern. Ein Aufschrei in der Bevölkerung und in den Parteien fand jedoch nicht statt. Die Banken drohten sogar mit dem Zusammenbruch des Finanzsystems.

Mit 18 Milliarden Euro Steuergeld sorgen wir derzeit dafür, dass z. B. der "Laden" Commerzbank weiterläuft. "Weltweit sind einige Tausendmilliarden US Dollar in diese Krise an öffentlichem Geld investiert worden, was es nie wieder geben darf", so Sven Giegold. Inzwischen wachsen die Schulden und in der EU werden die Regeln für die Staatsverschuldung [*60 Prozent des Bruttoinlandsproduktes*] gebrochen. Deutschland wird am Ende des Prozesses bei etwa 80 Prozent herauslaufen und in anderen Ländern wie Spanien oder Griechenland sieht es noch viel schlimmer aus.

Die Steuerzahler haften für das unverantwortliche Handeln einer Minderheit unter Mithilfe der Politik, die die Regulierungsmechanismen salopp gesagt vernachlässigte. Das Versagen liegt so nicht nur aufseiten der Banker, sondern auch aufseiten der Politiker, die ihrer Aufsichtspflicht nicht nachgekommen sind. Eigentlich müssten jetzt die Gesetze zur Regulierung kommen, wenn man die Globalisierung zivilisieren will.

In der EU geht es geradezu illuster zu, und wenn es um die zentralen Themen geht, dann ist der Saal voll Lobbyisten der Banken, Fonds oder Versicherungen. Die Abgeordneten werden geradezu belagert, weil Interessenvertreter eine Regulierung und Finanzmarktregeln nicht haben wollen.

Der ganze Prozess ist wie ein Kampf und es ist völlig offen, wer ihn gewinnt. Die Frage des Eigenkapitals ist von zentraler Bedeutung. In der Zeit, wo die Banken große Gewinne machten, wurden kein Eigenkapital "zurückgelegt". Anstatt Reserven zu bilden, wurden die Gewinne als Dividenden ausgeschüttet und Leute haben sich damit "die Taschen vollgestopft".

Durch die Bildung von Eigenkapital sinken natürlich die Renditen und das wollen die Finanzjongleure nicht.

Das Versagen der Finanzaufsicht ist der zweite wunde Punkt im "Regulierungsgeschäft", denn die besten Regeln nützen nichts, wenn man sie nicht beachtet. Während kleine Banken von den Kontrollen regelrecht genervt sind, werden die Bankenaufseher von den großen "Playern" gegeneinander ausgespielt.

Die Grünen möchten, dass eine starke europäische Finanzaufsicht geschaffen wird, nicht ca. 70 verschiedene Institutionen, wie derzeit diskutiert, für die verschiedenen Geldmärkte. Gegen eine starke europäische Koordinierung der Finanzaufsicht wehrt sich unsere "Oberreguliererin" Angela Merkel vehement. Der schwache Merkel-Vorschlag wurde jedoch von den Koordinatoren im Wirtschaftsausschuss des europäischen Parlamentes nicht angenommen, was zeigt, dass man im Europaparlament über Parteigrenzen hinweg sachbezogen arbeiten kann.

Sven Giegold hofft, dass sich die Bürger nicht auf eine schwache Regulierung einlassen, nur weil die Börsen wieder brummen, die Krise also anscheinend trotz zurückzuzahlender Schulden durch die Steuerzahler nicht so schlimm sein kann.

Wer die Schulden überhaupt zurückzahlen hat, ist auch noch eine sehr interessante Frage. Eigentlich muss doch hier das Verursacher-Prinzip gelten, d. h. wer den Schaden verursacht, muss

ihn auch beheben. Dafür fordern die Grünen eine Finanzumsatzsteuer, damit in Zukunft die Schulden abgebaut werden können. Konservative Kreise sind auch für die Finanzumsatzsteuer, nur auf globaler Ebene, was Länder wie die USA niemals zulassen werden. Das Europaparlament wäre somit verantwortlich und nicht



Sven Giegold (rechts) im Gespräch mit Bernhard Schwanzar (links), Hanso Janssen und Ulli Maus

etwaige Dritte, auf die man dann die Schuld schieben kann, wenn es z. B. mit der Installation von Regulierungsmechanismen oder der Regulierung selbst wieder nicht klappt. Nur so lässt sich sozialer Fortschritt umsetzen.

Ein weiteres Extrem ist die Steuerflucht, die durch ein Gesetz sanktioniert werden sollte, das Finanzminister Schäuble jüngst mit der Begründung wieder aufhob, dass es keine Steueroasen mehr gäbe. Transparenz, Sanktionen und automatischer Informationsaustausch werden somit wieder ausgeschlossen. Deutschland verliert jährlich mindestens 30 Milliarden Euro durch reiche Privatpersonen und nochmals 60 Milliarden durch Steuermanipulation transnationaler Unternehmen, 4 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Jeder 25zigste arbeitet nur für die Steuerflucht und die Steuerkonkurrenz.

Zum Verlust dieses Geldes kommen massive Verschuldungen der Kommunen und die höchste Neuverschuldung in der Geschichte der Bundesrepublik. Schulden machen in der Krise ist nichts Ungewöhnliches, aber gleichzeitig die Steuern zu senken provoziert dauerhafte Einnahmeausfälle.

Kein Mensch übernachtet öfter in Hotels, und zusätzliche Arbeitsplätze entstehen ebenfalls nicht, nur weil die Mehrwertsteuer gesenkt wird, das beweisen Studien aus Nachbarländern wie Frankreich.

Die Steuersenkungen auf Kosten der kommenden Generationen [auf "Pump"] kommen laut jüngsten Umfragen auch nicht gut bei der Bevölkerung an.

Das Geld, das somit nicht mehr in Bildung fließen kann, wird den Fachkräftemangel als weiteres Problem erzeugen. Wichtige und innovative Bereiche wie Umwelt und Klimaschutz können so z. B. nicht weiterentwickelt werden, da nützen auch keine Milliardenaufträge aus dem Ausland für Deutsche Firmen.

Die Kopfpauschale sorgt ebenfalls für Zündstoff, d. h., der Chef eines Unternehmens soll in Zukunft genau soviel in die Krankenversicherung einzahlen, wie eine Sekretärin.

Die kommenden Landtagswahlen in NRW sind von zentraler Bedeutung für eine eventuelle Mehrheit von Schwarz-Gelb im Bundesrat. Das muss mit aller Kraft verhindert werden, was Sven Giegold als zentrale Aufgabe seiner Partei sieht.

Das Scheitern der Klimakonferenz können wir uns ebenfalls nicht leisten, denn die Klimafolgen werden unbezahlbar werden und der EU-Abgeordnete wundert sich, dass man bei den prognostizierten Szenarien immer noch so ruhig bleibt. Das Warten auf globale Konferenzen ist nicht akzeptabel und anstatt Lebens- und Konsumstil umzubauen, machen wir so weiter, wie bisher.

Zum Schluss seines Vortrags lobte der EU-Abgeordnete Werner Biehl, der von seinem Bürgermeisteramt zurücktrat, weil sich der Rat der Stadt dafür entschied, gleich für vier Kohlekraftwerke Platz zu schaffen, wodurch die Glaubwürdigkeit des Grünen Politikers im Rat der Stadt Wilhelmshaven schwer gelitten hätte.

Sven Giegold formulierte am Ende seiner Rede, dass wir uns entscheiden können zwischen langfristigen, wegweisenden, sozialverträglichen Entscheidungen und der Schaffung neuer Arbeitsplätze mit einer Zukunftsindustrie und der Regulierung der Finanzmärkte oder einer kurzfristigen Steuer-senkungspolitik, die langfristig mehr Probleme schafft und die wichtigen Zukunftsfragen nicht lösen kann.

Schade, dass auch an diesem Abend unsere Vorzeigepolitiker nicht anwesend waren, denn sie hätten viel für die Zukunft mitnehmen können. Wahrscheinlich sind sie hinter verschlossenen Türen mit Konzepten beschäftigt, die Wilhelmshaven direkt aus der Krise führen werden, die Boomtown laut lokalem Heimatblatt längst nicht so stark getroffen hat, wie die "Anreiner".

War da nicht was mit Hertie, Mc Donalds, ein Hafenbau, der ins Straucheln gerät ...

AUS DEN STÄDTEN UND GEMEINDEN

Zetel

„Wir wollen mehr Demokratie sparen“

... oder wie sich ein Ehrenamt selbst für verzichtbar erklärt. Ein Beitrag zur Diskussion um eingesparte Ratsmandate in den friesischen Gemeinden und Städten

Von Wilhelm Wilken, Mitglied des Gemeinderates in Zetel

In Zeiten klammer kommunaler Kassen blühen die Sparvorschläge wie ein bunter Strauß Frühlingsblumen. Mandatsträger hiesiger Kommunen schlagen vor, sich selbst zum Teil einzusparen und einige VerwaltungschefInnen nicken zustimmend.

Tausende Euros würden eingespart, denn wer anderen das Sparen auferlegt, dürfe sich selbst nicht ausnehmen und dergleichen, diese zunächst vernünftig klingenden Argumente, geistern durch die Gazette(n). Manche Kommune hat bereits den demokratisch gewählten ehrenamtlichen Ast, auf dem sie sitzt, per Beschluss der "Säge" überlassen.

Können oder wollen wir uns die Demokratie in der kommunalen Familie nicht mehr leisten? Schicken wir die ehrenamtlichen Ratsfrauen und -herren peu à peu nach Hause und überlassen

den Profis der Verwaltung das Wohl oder Wehe unserer Gemeinden und Städte?

NEIN!!!

Demokratie fängt unten an, dort ist sie anfassbar, erlebbar mit dem direkten Kontakt, dort kennt man sich persönlich. Dort muss der Widerstreit der Meinungen und Ansichten der Mandatsträger spürbar sein. Wir sollten es nicht zulassen, an dieser Demokratie mit Basisnähe (Basisdemokratie?) herumzuschneiteln und sie, wenn auch zunächst in Stückchen für verzichtbar zu erklären. Wo kommen wir hin, wenn wir anfangen, Ehrenamtliche (und nichts anderes sind kommunale Mandatsträger) nach Hause zu schicken bzw. sie fürs Ehrenamt nicht mehr zuzulassen. Wir brauchen die Breite der Meinungen und Begabungen in einer Auswahl an politischen Gruppierungen, wenn wir Demokratie zum Wohle der Kommunen bis in den letzten Winkel leben wollen.

Ich befürchte, wir sparen Lebhaftigkeit ein, das Interesse der Bürger an der Demokratie "vor Ort" nimmt weiter ab und das hat Folgen für die eh beklagte Politikverdrossenheit auf allen Ebenen.

UND: Wir retten nichts - Die Kommunen werden von oben kaputt finanziert und ihre eigenen Prestigeprojekte geben ihnen den Rest. Statt das Ehrenamt zu zerlegen, wäre, wenn überhaupt an den Aufwandsentschädigungen zu kürzen. Die sind allerdings in der Regel schon bescheiden und fließen zumeist teilweise wieder in die Arbeit der politischen Gruppierungen ein. Diese Maßnahme rettet ebenfalls nichts, aber der Symbolik mag es nützen. Ich habe meine Zweifel ...

Wangerland

Nur Mut, es geht und tut gut

Mit dem Rad zur Arbeit – Ein „Erfahrungsbericht“ aus grüner Sicht

Von Reiner Tammen

Ich bin schon immer mal mit dem Rad zur Arbeit gefahren. Von Hohenkirchen nach Carolinensiel. Das sind für mich genau 11,5 km, zum Teil über eine alte Bahnlinie, die zum Fahrradweg umgebaut wurde. Eine schöne Strecke durch das flache Land, ohne Autos oder anderen störenden Verkehr. Sobald es wärmer wurde, hab ich mich also aufs Rad geschwungen und die Strecke bei schönem Wetter bewältigt.

Wenn aber abends im Wetterbericht Regen angesagt wurde, dann habe ich lieber das Auto genommen, ohne darauf zu achten, ob es dann am nächsten Tag wirklich geregnet hat. Und wer fährt schon gerne mit dem Rad, wenn die Temperaturen unter +10 Grad fallen. So kamen dann auch nicht mehr als 20 – 30 Fahrten pro Jahr dabei heraus, denn zu schnell fand ich immer wieder eine Entschuldigung, nicht mit dem Rad fahren zu können.

Dann aber lernte ich jemanden kennen. Horst Hinrichs aus Tettens. Wir kamen ins Gespräch und er erzählte mir, dass er jeden Tag fahren würde, Sommer wie Winter, von Tettens nach Harlesiel. Das sind sogar über 13 km. Das wunderte mich ein wenig und ich fragte ihn, noch ungläubig: „Und



Wenn soviel Schnee liegt, ist die alte Bahnlinie nicht mehr passierbar. So geht's dann über die Dörfer, und der Weg zur Arbeit verlängert sich auf 12,5 km. Auch die Radwege werden nicht überall geräumt. Dann muss man auf die Straße und sein Rad oft auch schieben.

was machst du, wenn es regnet?“ Seine Antwort war kurz, witzig und einleuchtend: „Dann werd ich nass!“ Er erklärte weiter, dass man halt vernünftige Kleidung braucht, aber ansonsten sei es kein Problem. Man müsse im Winter wohl mal die Zähne zusammenbeißen, aber es sei doch immer wieder ein tolles Gefühl, den inneren Schweinehund zu überwinden und sich auf den Weg zu machen.

Ich habe es probiert. Bis zum 4. Mai 2008 habe ich gewartet. Ich wollte nicht an kalten Tagen mit meinem Vorhaben starten. Im Nachhinein muss ich sagen: Das war klug. Die ersten Fahrten waren so, wie ich sie kannte. Schönes Wetter, allein auf weiter Flur und Natur pur. Andere Menschen würden Geld dafür zahlen, um so etwas erleben zu dürfen.

Dann aber kam der erste Regen. Eine Regenjacke hatte ich, eine Regenhose nicht. Es dauerte nicht einmal 24 Stunden und ich hatte eine. Jetzt schon etwas besser ausgestattet, konnte das Wetter mir nichts mehr anhaben, dachte ich. Der erste richtige

Schauer bzw. Dauerregen lehrte mich etwas anderes. Die Regenjacke hielt nicht wirklich dicht. Auch meine Fahrradtasche und, eine völlig neue Erfahrung, auch meine Schuhe nicht. Aufgeben kam nicht infrage. Also, eine bessere Jacke, bessere Fahrradtaschen und Gamaschen für die Schuhe. Die sind das Einzige, was wirklich gegen starken Regen hilft und die Schuhe trocken halten, sieht aber total bescheuert aus. Was soll's?



Mit dem Auto fährt man viel zu schnell vorbei. Mit dem Rad bleibt auch noch Zeit für ein Foto.

Die ersten paar Monate hielt ich ohne große Probleme durch. Als es langsam kälter und vor allen Dingen später hell bzw. früher dunkel wurde, kam das nächste Problem, die Beleuchtung. Es ist schon ein großer Unterschied, ob man

mal eben ein Stück mit dem Rad fährt oder aber bei Wind und Wetter „querfeldein“ zur Arbeit. Auf den Fahrradwegen gibt es keine unterstützende Straßenbeleuchtung. Also: neues Licht vorne und hinten und, noch wichtiger, einen Nabendynamo. Der produziert zuverlässig, auch bei Regen und Schnee, ein gleichmäßiges Licht.

Jetzt war ich reif für den letzten großen Schritt. Ich habe mein Auto an meinen Sohn gegeben. Es stand mir also nicht mehr zur Verfügung, da mein Sohn nicht in unserem Haushalt wohnt. Von nun an konnte ich also nicht mehr umsteigen, was ich vorher allerdings auch noch nie getan hatte. Ich habe es bis heute noch nicht bereut, den Wagen abzugeben!

Der Winter 08/09 war verhältnismäßig harmlos. Als eine echte Herausforderung sollte sich allerdings dieser Winter herausstellen. Ich war ja auch im letzten Jahr mal im Schnee mit dem Rad gefahren. Dieser Winter allerdings war, wie alle es erlebt haben, völlig anders. Aber ich habe es gegen alle Unkenrufe aus dem Bekanntenkreis geschafft, jeden Tag durchzuhalten. Am Tag mit dem meisten Schnee und dem stärksten Sturm, als mal wieder überall die Schule ausfiel, war ich

wie immer mit dem Rad unterwegs und habe mich sehr darüber gefreut, Horst Hinrichs auf der Strecke zu treffen. Es war ein tolles, einmaliges Erlebnis mit ihm zusammen die Strecke von Neugarmsiel, wo ich ihn einholte, bis nach Carolinensiel zu bewältigen. Von dem Tag an wusste ich, dass ich es wirklich an jedem Tag schaffen konnte.

Inzwischen habe ich über 9000 km mit dem Rad nur zur Arbeit zurückgelegt. Da ich mein Auto nicht mehr habe, musste ich auch sonst ein wenig anders planen. Das ist aber kein Problem. Ich kann halt nur nicht so spontan auf ein Auto zugreifen. Da meine Frau, die ebenfalls berufstätig ist und über 90 km täglich fahren muss, ein Auto braucht und hat, kommen wir auch so zurecht.

Nun, nach fast 2 Jahren mit dem Rad zur Arbeit, kann ich Mit der richtigen Kleidung und einem guten Rad kann einen Wenn ich dann noch eine Kosten-Nutzen-Aufstellung mache

Meine Ausstattung an Kleidung und Fahrradteilen, ein gutes ca. 1000 € gekostet. Meine Einsparungen beim Auto betragen Std. Rad pro Arbeitstag, mehr kann man kaum für seine Gesundheit mit dem Auto in ein Fitnessstudio, zahlen dort monatlich ein sich!

Bei einer CO² Emission von 150 g/km (Toyota Starlet Bj. 1998) habe ich in dieser Zeit ganz nebenbei 1350 kg CO² Emissionen verhindert.

Jeden morgen fahre ich in Carolinensiel an einer Tankstelle vorbei, ein tolles Gefühl!



Nach einigen Tagen ist dann auch der Radweg zum größten Teil geräumt. Vorsicht ist wegen der Schneereise aber immer geboten.



So sehen Sieger aus!



Luftbild des geplanten Golfplatzes auf Wangerooge mit Planungsskizzen

Golfplatz: Rechtlich nur kleine Lösung möglich

Von Peter Kuchenbuch-Hanken

Die Grünen Wangerooger sehen sich nach dem Erörterungstermin zum geplanten Golfplatz auf Wangerooge vom Dienstag, den 9. Februar, und dem Umwelt-, Planungs- Feuerwehr- und Bauausschuss der Gemeinde Wangerooge am darauf folgenden Tag, auf denen die Thematik Golfplatz erneut erörtert wurde, in ihrer Einschätzung zum Sachstand zum geplanten Golfplatz im Ostinnengroden der Insel Wangerooge bestätigt: Ein Golfplatz auf Wangerooge scheint möglich, rechtlich ist aber nur die kleine Lösung möglich, zum Wohle der Natur!

Ratsherr Peter Kuchenbuch-Hanken nahm als Vertreter der SPD/Grünen Gruppe des Rates an diesem Treffen teil. Die Vertreter der Unteren Naturschutzbehörde und der Nationalparkverwaltung konnten den Anwesenden am 09.02. sehr gut verdeutlichen, in welchem komplizierten Geflecht aus EU-Recht, Bundesnaturschutzgesetz, Richtlinien der Nationalparkverwaltung und UN-Artenschutzrecht, sich die Fläche, auf der der Golfplatz geplant wird, befindet. Die ca. 17 Hektar große Fläche besteht zu zwei Dritteln aus Flächen, die zum Flugplatz gehören und zu einem Drittel aus einer Fläche des Nationalparks Niedersächsisches Wattenmeer.

Nach dem Auftrag von Niedersachsens Umweltminister Sander aus dem September 2009 sollten beide Behörden einen Kompromiss zwischen Sport und Natur erarbeiten, der das sportlich Mögliche mit dem rechtlich machbaren enthalten sollte. Als oberste Prämisse für die Behörden bei ihrer Arbeit stand dabei: Vollkommen unvoreingenommen einen Kompromiss zwischen Sport und Natur zu erarbeiten, der aber zudem absolut rechtliche Sicherheit haben musste, um etwaigen Klagen, von welcher Seite auch immer, standhalten zu können.

Als Ergebnis präsentierten die Behörden folgendes Resultat, dass beim Bau des Naturgolfplatzes

berücksichtigt werden muss (und dem Wangerooger Golfclub so seit September 2009 bekannt ist und als Planungsgrundlage dienen sollte):

- eine detaillierte Flächenvorgabe
- die Bodenstruktur darf nicht verändert werden
- Keine Düngung
- keine Pflanzenschutzmittel
- keine Entwässerung
- keine Bewässerung
- die Offenheit der Landschaft muss erhalten bleiben
- keine Anpflanzungen von Gehölzen
- keine Ballfangzäune
- Erhalt der Brut- und Rastvögelplätze in der Nationalparkfläche (NP-Fläche)
- Beispielbarkeit der NP-Fläche nur zwischen 21.06. und 14.09.

Die Vertreter des Wangerooger Golfclubs, Henning Neuhaus als Präsident und Volker Nannizzi als Beisitzer, konnten und wollten mit diesem von den Behörden vorgestellten Kompromiss nicht leben. Aus ihrer Sicht verständlich, denn von einem herkömmlichen Golfplatz, ist der durch diese Auflagen reduzierte Platz auf Wangerooge dann doch Meilen entfernt. „Wir Grünen Wangerooger freuen uns das ein Kompromiss zwischen Sport und Natur gefunden werden konnte“, so Kuchenbuch-Hanken.

Einige der Vorgaben der Behörden stehen einer Anerkennung des geplanten Golfplatzes durch den Deutschen Golf Verband entgegen, und machen damit einen wirtschaftlichen Betrieb dieses Golfplatzes nach Aussage der Vertreter des Golfclubs Wangerooge, z.B. mit dem Betrieb einer Golfschule, unmöglich. Die Vertreter des Wangerooger Golfclubs glaubten somit keinen Investor für ihr Vorhaben finden zu können. Insbesondere die Einschränkung der Spielbarkeit der NP-Fläche auf 21.06. bis 14.09. ginge ihrer Meinung nach gar nicht. Mittlerweile scheint sich mit der Kooperation des Golfclubs mit den Mennhauser Golfern hinsichtlich der Anerkennung durch den DGV jedoch eine Möglichkeit abzuzeichnen, was auch die Grünen Wangerooger freut.

Vollkommen unverständlich für die Wangerooger Grünen war jedoch zunächst das Vorgehen des Wangerooger Golfclubs im Erörterungstermin. „Die vom Golfclub vorgestellten neuen Pläne für den Golfplatz lagen zum Teil in Nationalparkflächen, sogar in Flächen der Schutzzone I, die noch nie zur Disposition stand. Für mich ist so ein Vorgehen des Wangerooger Golfclubs vollkommen unverständlich. Seit September 2009 sind dem Golfclub die Vorgaben unter anderem die detaillierte Flächenvorgabe der Unteren Naturschutzbehörde und der Nationalparkverwaltung bekannt, wie sie den Golfplatz planen sollen. Stattdessen wurden uns hier vollkommen indiskutable Pläne vorgelegt, und das, wo man sich nach Auskunft des Golfclubs doch so in Zeitnot befindet“, so der Grüne Rats Herr Peter Kuchenbuch-Hanken.

Um eine größere Rechtssicherheit zu erlangen, ist es unabdingbar, dass Daten von Brut- und Rastvögeln aus zwei weiteren Jahren (2008 und 2009) in die Bewertung der Fläche mit eingearbeitet werden müssen. Daten aus fünf Jahren sind vorgeschrieben, bislang wurden nur Daten aus drei Jahren berücksichtigt (2005-2007). „Mich wundert, dass die Verwaltung dies nicht vorher wusste“, so Kuchenbuch-Hanken.

„Das kostet neben Zeit auch wieder viel Geld. Geld, das die Gemeinde Wangerooge nicht hat, aber verauslagten muss und nur dann wieder bekommt, wenn der Golfplatz auch gebaut wird.“ So lautete es zumindest seinerzeit in einem Schreiben des Golfclubs an den Bürgermeister. (Im Schreiben vom 13.08.2007 des Golfclubs Insel Wangerooge, in der der Club eine Kostenbeteiligungszusage bis zu einer maximalen Höhe von 40.000 Euro „...zum Zwecke der Errichtung eines 9-Loch-Golfplatzes inklusive einer Driving-Range...“ zusagt, allerdings auf Seite zwei des Schreibens davon spricht, dass „...die Mittel zweckgebunden und nach Erreichung des Zweckes, in Höhe des Standes des bis dahin vorhandenem Spendenaufkommens, verfügbar...“ sind.) Also doch nicht ganz 40.000 Euro?

Die gesamten Kosten der Gemeinde Wangerooge für einen Golfplatz belaufen sich ohne die neuen Erhebungsdaten für Brut- und Rastvögel der Jahre 2008/09 seit dem Jahr 2000 allerdings schon auf fast 100.000.- €, die Kosten der Verwaltung nicht mitgerechnet“, so Kuchenbuch-Hanken. Was ist mit der Übernahme dieser restlichen 60.000.- Euro?

Leider müssen die restlichen Kosten wohl auch die Wangeroooger mitbezahlen, die sich beim Bürgerentscheid 2003 mit großer Mehrheit gegen dieses Vorhaben ausgesprochen haben!

.

AUS DEM LANDKREIS

Jobcenter: Grüne Kreistagsfraktion fordert interfraktionelle Arbeitsgruppe

Von Uwe Burgenger, Dirk von Polenz, Gustav Zielke

In den nächsten Monaten werden auf Bundesebene die gesetzlichen Weichenstellungen bezüglich der Betreuung Arbeitsloser und ehemaliger Sozialhilfeempfänger getroffen werden. Dabei stehen die Zukunft der Jobcenter und die Zusammenarbeit mit den Landkreisen, Städten und der Arbeitsagentur in der derzeitigen Form infrage.

Der Kreistag hat im Dezember 2008 einstimmig beschlossen, sich für eine optierende Kommune stark zu machen. Das Optionsmodell wird derzeit in 69 Kommunen in der Bundesrepublik für die Bezieher des ALG II ausschließlich durch die entsprechenden Städte oder Landkreise gewährt. In unserer Region sind dies z. B. die Landkreise Ammerland und Leer.

In den aus Regierungskreisen und aus dem Städte- und Landkreistag wurden in den letzten Wochen Zahlen laut, nach denen bundesweit bis zu 170 Kommunen, zusätzlich zu den vorhandenen 69 bestehenden Optionskommunen, ihr Interesse an einer zukünftigen Optionskommune angemeldet haben. Ob dies mit den signalisierten Grundgesetzänderungen und politischen Überlegungen auf Bundesebene auch im Landkreis Friesland umgesetzt werden kann, bleibt abzuwarten.

Dennoch wird der Landkreis am Jahresende mit den vorgegebenen rechtlichen Regelungen des Bundes für die Arbeitslosen und Hilfeempfänger eine funktionierende Dienstleistung erbringen müssen, die den Lebensunterhalt der betroffenen Menschen in Friesland sichert.

Um in diesem fließenden Prozess einen engen Informationsaustausch zwischen Politik und Verwaltung zu gewährleisten, halten wir die Einrichtung einer interfraktionellen Arbeitsgruppe auf Kreisebene als dringend geboten, da wir sicher gehen wollen, dass die Empfänger der Hilfeleistungen auch nach dem 31. Dezember 2010 rechtzeitig ihre finanzielle Unterstützung erhalten.

GRÜN-BUNTES

Varel

Liebe Grüne Närrinnen und Narren ...

Von Christoph Hinz

Überall ist Fastenzeit, in Varel ist sogar schon Karfreitag vorbei. Der Messias von Varel selber erschien zu seiner Kreuzigung allerdings nicht ...

Jesus wirkte ca. 30 Jahre auf Erden, Herr Funke ca. 30 Jahre im Vareler Stadtrat. Beide hatten und haben viele Jünger und um beide ranken sich viele Geschichten um Wunder und gute Taten und beide hatten einen für die Anhänger sehr schmerzhaften Abgang mit viel "Kreuzigt ihn!! nach vorherigem "Hosianna!". Jetzt fragen sich viele hier in Varel: Wird Herr Funke womöglich bei der nächsten Kommunalwahl wieder auferstehen?! Gerüchte gibt es schon in dieser Richtung.

Die Ratssitzung, bei der Herr Funke offiziell verabschiedet wurde (und zu der er nicht erschien), war wie bereits seine Abwahl als Ratsvorsitzender ein Jahr zuvor, an Karneval, und viele hatten wohl erwartet, dass ich als geborener Kölner wieder eine Büttenrede halte, zu diesem besonderen Anlass ..., hab ich aber nicht.

Erstens fehlte mir ein **Funke** Inspiration bei dieser Sitzung und zweitens war es diesmal nicht Weiberfastnacht, sondern Veilchen-Dienstagabend, und das ist die Zeit, wo alle Karnevalisten nach sechs Tagen feiern völlig am Ende sind und froh sind, wenn es vorbei ist. Wirklich große Büttenreden werden am Veilchen-Dienstag nicht mehr gehalten, nur noch die Reste an Alkoholika konsumiert und vielleicht ein paar schlechte Witze gemacht oder verabschiedet, über die ohne Alkohol keiner lachen kann, wie z.B. der Vareler Haushalt ...

Für alle, die sich schon auf eine Büttenrede gefreut hatten, kommen hier ein paar Ausschnitte aus meiner diesjährigen Büttenrede, die ich aber, wie es sich eigentlich gehört, beim Bunten Abend des hiesigen Karnevalvereins gehalten habe.

(Das Känguru-Kostüm hatte ich bei der Rede vor einem Jahr im Rat übrigens nicht an ...)

Liebe Närrinnen und Narren!

Letztes Jahr Weiberfastnacht hab ich im Stadtrat eine Büttendrede gehalten und versucht, Politikern Karneval zu erklären. Da hat sich Frau Uhr gedacht: Der kann dieses Jahr mal den Karnevalisten die Politik erklären. Ich will das gerne versuchen.

Sie wissen das vielleicht nicht, aber der Bürgermeister, hat mich vor zwei Jahren zum inoffiziellen Wappentier der Stadt Varel erklärt - Sie wissen schon:

„Varel - Mit leerem Beutel große Sprünge machen“ - und so darf ich Ihnen heute als Experte einen kurzen Überblick über die aktuellen Entwicklungen in unserer schönen Stadt zwischen Kasse leer, Entschuldigung zwischen Wald und Meer geben:

Zuerst zu meinem Fachgebiet: Der Vareler Haushalt, bzw. Beutel leer ...



Christoph Hinz in der Bütt

Wenn der Beutel leer ist, ist er leer ... Wenn man 14 Millionen Euro Schulden hat und dann nach langwierigen und mühsamen Beratungen zwei Millionen einspart, dann ist der Beutel immer noch leer. Das ist natürlich mächtig frustrierend. Da kann es dann schon mal zu anschließenden Frustkäufen kommen: zum Beispiel einen neuen Teppich für die Innenstadt für 200.000 Euro ... Macht ja nix, der Beutel ist und bleibt sowieso immer noch leer.

Nun bin ich tatsächlich auch der Überzeugung, dass ein neues Pflaster und neue Sitzgelegenheiten die Menschen dazu bewegen werden, mehr in die Innenstadt zu gehen, ..., hineingehen, hin und her gehen, über das schöne neue Pflaster, von Bank zu Bank, wieder zurückgehen und dann wieder raus. War da noch was? - In die Geschäfte rein? Ach Quatsch! Mit welchem Geld denn?!? - Neues Pflaster bringt vielleicht mehr Besucher, die sich auch mal gerne auf die neuen Bänke setzen, aber die haben dann auch nicht mehr Geld im Beutel als vorher.

Nun gut, ein neues Pflaster mögen ja sogar viele schön finden und ich will ja gar nicht so sein, vielleicht sogar zwei bis acht neue Einkäufer anziehen; es gibt aber Ausgaben die sind **völlig** sinnfrei!! und dennoch sehr beliebt in Varel, und zwar:

Studien ...

Ich erinnere gerne noch mal an die Parkplatzstudie für 10.000 Euro, in der auf 30 Seiten sehr ausführlich stand, dass wir nicht genügend Parkplätze um die Innenstadt haben, wenn es mal voll ist ... Eine bahnbrechende Erkenntnis, die für jeden, der hier schon mal samstags eingekauft hat, allerdings nicht wirklich neu war ...

Aktuell wird allen Ernstes überlegt, eine Studie über Schrankenschließzeiten anfertigen zu lassen. Also, schriftlich festhalten, wie lange zurzeit die Schranken so im Durchschnitt unten sind, und dann noch prognostizieren, wie lang und wie oft sie wohl 2014 unten sind.

Eine schwierige, schier unlösbare Aufgabe, so scheint es.

Ich kann Ihnen trotzdem, heute schon, exklusiv das Ergebnis verraten ...: Die Schranken sind jetzt schon zu lange unten, an der Dangaster Straße zum Beispiel über fünf Minuten. 2014 wird das aller Voraussicht nach noch genauso sein, bloß viel häufiger ...

Diese zwei kurzen Hauptsätze werden dann etwas auf 30 Seiten gestreckt, mit Bildern und Fachausdrücken versehen und in einer mitreißenden Power-Point-Präsentation vorgestellt ... Es sind auch schon mehrere Angebote eingegangen. Und, das ist jetzt leider kein Witz: Der teuerste Anbieter will dafür deutlich über 10.000 Euro.

Um die Finanzen der Stadt Varel zu entlasten, biete ich hiermit, Herr Bürgermeister, schon mal eine eigene Studie an, sagen wir mal für gerade 2.500 Euro, also noch nicht einmal ein Viertel davon. Und nicht nur das ...

TERMINE

Aktuelle Termine, Veranstaltungen Infos usw. findet Ihr wie immer auf unserer Homepage.

Mitmachen!



Die **grüne Jugend Friesland** trifft sich jeden Sonntag um 17.00 Uhr in den Räumen der Diakonie, Lindenallee 16 in Jever. Interessierte sind herzlich willkommen.

gj-friesland@web.de

14.04.2010 um 19.00 Uhr Treffen der **Strategiegruppe** in den Räumen der Diakonie, Lindenallee 16 in Jever. Gäste und Neueinsteiger sind wie immer herzlich willkommen.

24.04.2010 Menschenkette zwischen den AKWs Brunsbüttel und Krümmel
Kettenreaktion: Atomkraft abschalten! Weitere Infos: www.gruene.de/menschenkette

30 Jahre Grüne in Friesland. Das wollen wir feiern! Einladungen und Infos folgen in Kürze.

Wem die Lektüre des Rundbriefes gefällt, der ist herzlich eingeladen, einen eigenen Beitrag zu schreiben oder im Arbeitskreis Strategie mitzuarbeiten.

KONTAKT

Bündnis 90/Die Grünen
Kreisverband Friesland

Händelstraße 29
26441 Jever

Tel.: 0 44 61 / 7 41 34
Fax: 0 44 61 / 7 41 34.

E-Mail: gruene.friesland@t-online.de
www.gruene-friesland.de